

nen im Jahr 1922. Die Anbauflächen betragen dabei im Jahr 1913 5,3, im Jahr 1921 4,3 und im Jahr 1922 4,1 Millionen Hektar. Aber weit mehr als der Rückgang der Anbauflächen fällt der erheblich geringere Hektarertrag ins Gewicht. Von einem Hektar wurden nach diesen Feststellungen im Jahr 1913 geerntet 19,3 Doppelzentner, 1921 15,9 Doppelzentner und 1922 12,9 Doppelzentner.

Die Landwirtschaft muß unbedingt in die Lage versetzt werden, die Getreideanbauflächen wieder zu vergrößern und auf diesen Anbauflächen intensive Wirtschaft zu treiben. Das kann nur geschehen durch Fortschritte in der Betriebsführung, die hauptsächlich in der möglichst ausgedehnten Verwendung von Maschinen und neuzeitlichen Hilfsmitteln aller Art, Kunstböden usw. bestehen. Wenn man aber durch Zwangsmassnahmen der Landwirtschaft weiter die Entwicklungsmöglichkeiten eindämmt und nicht Rücksicht nimmt auf ihre Besonderheiten, dann wird dieses Ziel auch nicht erreicht werden können und die gesamte Wiederaufbauarbeit im deutschen Wirtschaftsleben ist in Frage gestellt. Was wir brauchen, ist Brot. In erster Linie hat man deshalb darauf zu sehen, daß eine genügende Menge Brotgetreide im Lande erzeugt wird. Solange wir einen Währungsstand haben wie heute, wird die deutsche Landwirtschaft um vieles billiger erzeugen, als das Ausland und der Getreidepreis wird sich in Deutschland stets unter dem Stand des Weltmarktpreises halten können. Es widerspricht aber jeder wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit, wenn durch irgend einen ungebührlichen Zwang die landwirtschaftlichen Erzeugnisse billiger auf den Markt gebracht werden sollen, als man sie tatsächlich erzeugen kann. Unter solchen Umständen muß auf Fortbildung der Betriebsführung durch die notwendigen Hilfsmittel und die intensive Bewirtschaftung, kurz auf die Steigerung des Ertrags verzichtet werden und den Schaden hat in letzter Linie die Gesamtheit des Volkes, die aus dem Wirtschaftselend nie wieder heraus käme.

Kleine politische Nachrichten.

Einladung ausländischer Sachverständiger

Berlin, 25. Okt. Die Reichsregierung hat eine Anzahl hervorragender Finanzsachverständiger aus dem Ausland, darunter den englischen Volkswirtschaftler Keynes, nach Berlin eingeladen, um ihre Ansicht über die Festigung der Mark und die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu vernahmen.

Erste Loge — Die Devisenordnung nicht durchführbar

Berlin, 24. Okt. Nach der gestrigen Kabinettsitzung hat der Reichskanzler eine Besprechung mit den Parteiführern. Er stellte die Frage, ob Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage die Sachlieferungen im bisherigen Umfang weiterführen könne. In der Aussprache wurde von allen Seiten betont, daß die neue Devisenordnung nicht durchführbar sei. Ein besonderer Ausschuss soll die Frage einer Abänderung der Verordnung prüfen. Alle Teilnehmer der Besprechung stimmten darin überein, daß die innere Lage des Reichs als äußerst ernst zu betrachten sei. Der Reichstag wird sich sehr bald vor sehr wichtige Entscheidungen gestellt sehen.

Parteien-Kraftprobe?

Berlin, 24. Okt. Der „Vorwärts“ schreibt, durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei) habe sich die Parteigruppierung auf die sich die Regierung stütze, geändert und die Mißstände, die sich der sozialdemokratischen Beeinflussung entgegenstellen, haben sich ganz außerordentlich verstärkt. Das Blatt läßt durchblicken, daß die Sozialdemokratie vor einer Kraftprobe nicht zurückschrecken werde.

Es wird bemerkt, daß der rechte Flügel des Zentrums mit dem Finanzminister Dr. Hermes immer weiter von der Koalitionsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten abdrückt. Die Reibungen zwischen dem sozialdemokratischen Wirtschafts-

minister Schmiedl und Hermes haben in der Frage der verunglückten Devisenordnung und des Umlagepreises eine auffallende Schärfe angenommen, die der dem linken Flügel des Zentrums angehörende Reichskanzler Dr. Brüning bisher nur mit Mühe ausglich.

Berlin vor dem finanziellen Zusammenbruch

Berlin, 24. Okt. In einer Vorlesung des Berliner Magistrats am 23. Okt. über die Finanzlage Groß-Berlins ein sehr düsteres Bild entworfen. Die Geldverwertung habe den ganzen Haushaltplan über den Haufen geworfen, so daß der Magistrat beschließen habe, alle noch nicht in Ausführung begriffenen Hoch- und Tiefbauten aufzugeben. Das Büropersonal und die städtische Arbeiterschaft müsse bedeutend verringert und der Geschäftsgang vereinfacht werden. Die städtischen Betriebe ergebende nicht nur keine Einnahmen, sondern erfordern bedeutende Zuschüsse; trotz der Ausgabe von zwei Milliarden Mark habe die Stadt die Gehälter und Löhne nur teilweise ausbezahlen können. Wenn nicht durch Reichs- und Landesgesetz sofort den Gemeinden bedeutende Steuereinnahmen zugeführt werden können, so sei der finanzielle Zusammenbruch Berlins unvermeidlich. Im Lauf der nächsten Monate müsse man eine Reihe gemeinnütziger und sozialer Einrichtungen aus Mangel an den notwendigen Mitteln eingehen lassen.

Unter den Angestellten und Arbeitern der Stadt ist eine große Erregung entstanden, weil die Stadtverwaltung sich verpflichtend erklärte, den verlangten Voranschlag von 2000 M auszubahlen.

10 Millionen Goldfranken für die Behebung Oberschlesiens

Paris, 25. Okt. Der verbündete Ausschuss hat die Kosten für die Behebung Oberschlesiens auf 10 Millionen Goldfranken (9 Milliarden Mark) festgelegt, die von Deutschland und Polen zu gleichen Teilen zu tragen sind. — Dafür, daß die Franzosen in Oberschlesien drei polnische Aufstände angezettelt haben, soll also Deutschland auch noch 4 1/2 Milliarden Belohnung an die Herren Aufwiegler bezahlen!

Vom Staatsgerichtshof

Leipzig, 25. Aug. Der Schriftsteller Dr. Stein wurde von der Anklage der Begünstigung der Rathenau-Mörder freigesprochen. Kapitänleutnant Dietrich zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft verurteilt. Strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß Dietrich aus Kameradschaftlichkeit gehandelt hatte.

Wie die P.P.R. berichtet, hat der Oberreichsanwalt gegen Harter D. G. Traub ein Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten eingeleitet.

Polnische „Organisationen“ mit französischem Kredit

Paris, 25. Okt. Durch eine Gesetzesvorlage der Regierung in der Kammer erhält man Kenntnis von dem Abschluß eines geheimen Abkommens zwischen Frankreich und Polen. Die polnische Regierung soll demnach bis zu 400 Millionen Franken erhalten für „Organisationsbestrebungen“, die innerhalb Frankreichs seit Februar 1921 ausgeführt werden. — Welcher Art diese Organisationen sind, verschweigt der Gesetzesentwurf.

Das neue englische Kabinett

London, 25. Okt. Das neue Kabinett ist gestern abend folgendermaßen gebildet worden: Premierminister: Bonar Law; Vorkanzler: Biscourt Cooze; Vordirektor des Geheimen Rats und stellv. Führer des Oberhauses: Lord Salisbury; Schatzkanzler: Baldwin; Staatssekretär des Innern: Bridgeman; Staatssekretär der Kolonien: Herzog von Devonshire; Staatssekretär für Indien: Biscourt Peet; Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: Lord Curzon; Staatssekretär des Kriegswesens: Lord Derby; Handelsminister: Philipp Lloyd George, Erster Lord der Admiralität: Amery; Gesundheitsminister: Arthur Boscawen; Landwirtschaftsminister: Robert Sanders. — Einige Ämter sind noch zu besetzen. Auch die Unterstaatssekretäre sind noch nicht ernannt.

zu zeichnen. Auch ein Herr in der Familie des Begaten von Ravenna handelte mit einem Amethyst mit derselben Inschrift ab, doch auch mit ihm hielt ich es nicht für wichtig, besondere Vorsicht anzuwenden. Hal da ist ein Abzeichen, es scheint wahrlich von meiner Hand!

„Finstest du endlich einen Haken? Was ist das für ein Abzeichen, von dem du sprichst?“
„Keins, edler Senator; nur ein Fehler an einem Buchstaben, der den Augen eines alzu leichtgläubigen Mädchens sicher entgeht.“

„Und du verkaufst diesen Ring an —?“
„Osea zögerte, denn er sah seine Belohnung durch eine zu rasche Angabe des Besitzers gefährdet.“

„Wenn es von Wichtigkeit ist, die Tatsache herauszubringen,“ sagte er, „so will ich meine Bücher betrogen. In einer Sache von dieser Ernsthaftigkeit darf der Senat nicht irre geleitet werden.“

„Du sprichst recht. Die Sache ist ernsthaft und die Belohnung hinlängliche Bürgschaft, daß wir sie dafür halten.“
„Ihr sagtet da was von hundert Zehnten, erlauchter Herr. Doch meine Seele nimmt solche Bemerkungen wenig in Acht, wenn es sich um das Wohl Benedig's handelt.“

„Hundert ist die von mir versprochene Summe.“
„Ich erkenne einen Siegelring, mit solcher Gravierung einem Weib im Dienste des ersten Herrn beim Nummus. Doch dieses Siegel kann nicht von da kommen, da ein Weib von ihrem Stande —“

„Weißt du es gewiß?“ unterbrach ihn hastig Signor Grandenigo.
„Osea sah seinen Mann ernsthaft an, und als er in seinen Augen und Jagen las, daß der Leitsaden zog, antwortete er schnell —“

„So wahr ich noch dem Gesetz Moses lebe! Der Land lag mir lange da, ohne daß jemand drauf bot, und ich schlug ihn mit Zurechnung der Zinsen meines Geldes los.“

„Die Zehnten sind dein, trefflicher Jude! Dies läßt allen Zweifel bei dem Geheimnis auf. Gehe, du sollst deine Belohnung erhalten, und wenn du in deinem geheimen Register etwas Näheres darüber hast, so laß es mir schnell zukommen. Gehe, guter Osea, und sei pünktlich, wie du pflegst. Ich bin von der ewigen Götterstrafe ermüdet!“

Der Jude über den Erfolg frohlockend, nahm nunmehr Abschied, auf eine Art, worin gewohnte Gier und Schlaue

Grey gegen Lloyd George und für Umstellung der engl. Politik

London, 25. Okt. In einer liberalen Versammlung in Bradford sagte der frühere Außenminister Grey, die Art, wie die bisherige Regierung die politischen Angelegenheiten geführt habe, ruiniere das Land im Innern und gefährde es im Ausland. England sei einer vollständigen Vereinstimmung bedenklich nahegerückt. Deutschland und Rußland seien sich näher gekommen und die Türkei und Rußland seien zusammengekommen, in der Orientkrise seien Frankreich und Italien zusammengerückt. Die Vereinigten Staaten könnten sich eine Alleinstellung leisten, für England sei sie gefährlich. Der alte Einfluß Englands sei geschwunden, weil niemand sich mehr auf die englische Politik verlassen konnte. Die heute notwendige Politik müsse auf das Vorhandensein des Balkans und des Mittelmeeres abgesehen werden. Eine rein konservative Regierung sei einer Koalitionsregierung vorzuziehen. Wenn die britische Regierung erst einmal fest im Sattel sitze, könne sie der französischen und anderen Regierungen, mit denen sie zusammenzuwirken wünsche, erklären, sie beabsichtige, vollkommen frei und offen mit ihnen zu sein und wünsche einen neuen Anfang mit ihnen zu machen. So könnte der in den letzten Jahren verlorene Boden wieder gewonnen werden.

Deutscher Reichstag

Erst Reichspräsident. Der Umlagepreis angenommen

Berlin, 25. Oktober. Der Reichstag hat gestern in dritter Lesung mit 314 gegen 76 Stimmen bei 1 Enthaltung, also mit Zweidrittelmehrheit den Regierungsentwurf angenommen, der die Amtsdauer des Reichspräsidenten auf 7 Jahre, die des Reichspräsidenten Erben auf 5 Jahre verlängert. Ein Antrag Herzog (Deutschn.), des Inkrafttretens des Gesetzes auf drei Monate auszuweichen, wurde mit 110 gegen 77 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Präsident Ebert erklärte, das Gesetz mache der Vorläufigkeit der Amtsführung Eberts ein Ende, er sei nunmehr verfassungsmäßiger Präsident. Das Gesetz, das die Grenze der Verpfändbarkeit von Gehältern und Löhnen auf 120 000 Mark festsetzt, wird in dritter Lesung angenommen, desgleichen die Verlängerungsfrist der Zuckering die jährlicher Weine bis 31. März 1923. Die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide (erstes Drittel) wird in dritter Lesung in der Ausschussfassung mit 236 gegen 160 sozialistische Stimmen angenommen.

Abg. Ledebour (bei seiner Fraktion) beantragt eine Anfrage an den Reichskanzler, auf welche Parteien er nach dieser Abstimmung seine Politik zu stützen gedente. Der Antrag wird abgelehnt. Das Haus verläßt sich bis Dienstag, 7. November.

Der sozialpolitische Ausschuss stimmte der Regierungsverordnung zu, wodurch die obere Grenze für Angestelltenversicherung erstmalig auf 840 000 M festgesetzt wird.

Zur Schuldfrage

Bereits im Jahr 1907 gelangten wir zu der festen Überzeugung, daß ein großer europäischer Krieg notwendig sei. Der Generalstab des Heeres und der Admiralstab wurden angewiesen, kräftig bei ihren Arbeiten Deutschland als Feind zu betrachten. Ich will betonen, daß der Weltkrieg von uns als rasch herannahend angesehen wurde. Wir trafen alle notwendigen Vorbereitungen, so daß die Katastrophe uns durchaus nicht überraschte. Wir haben sie ruhig erwartet und dürfen uns nur im Zeitpunkt des Kriegsausbruchs um wenige Monate geirrt haben.

(Aus den Tagebüchern des Admirals Koltschak, v. Bülow „Die ersten Stunden des Weltkriegs“ 1922.)

Bestellt den „Gesellschafter“!

Unterwürfigkeit jedes andere Gefühl völlig bemächtete. Er verschwand in die Offenau, durch welche er gekommen war. Noch dem Benehmen des Signor Grandenigo schien es, als ob der Empfang für diese Nacht vorbei sei. Er unterwarf sich sorgfältig die Schloßtüren mehrerer geheimer Fächer in seinem Kabinett, schloß die Lichter, schloß und vertiegelte die Türen und verließ den Ort. Inzwischen ging er noch in einem der äußeren Zimmer auf und ab, bis die gewöhnliche Stunde erschien, wo er sich zur Ruhe begab und der Palast wurde für diese Nacht geschlossen.

Der Leser wird einigen Einblick in den Charakter des Mannes gewonnen haben, welcher die Hauptperson der vorhergehenden Szenen gewesen ist. Signor Grandenigo war mit allem Mitleid und aller natürlichen Güte anderer Menschen begabt; aber Zufall und eine Erziehung, die eine starke Führung von den Einrichtungen der sogenannten freien Republik erhalten, hatte ihn zum Geschöpf der Politik gestempelt. Ihm schien Benedig ein Feind, weil er selbst so sehr die Wohltaten dieses Systems der bürgerlichen Gesellschaft schätzte und so schau und gelübt er auch größtenteils in weltlichen Angelegenheiten war, so konnte man doch seine Fähigkeiten in Bezug auf die politische Moral seines Landes mit einer seltenen vermittelnden Stumpfheit nennen. Er sprach ganz einseitig für Charakter, Ehre, Tugend, Religion und Personenrechte, aber wenn er aufgeföhrt wurde, sich ihrer anzunehmen, so zeigte sich in seinem Gemüt ein Streben, Alles mit weltlicher Politik zu vermischen. Als Benettoner hielt er ebensowenig von der Herrschaft eines Einzelnen, wie von der des Volkes; in Hinsicht ersterer bewies er sich als ein leidenschaftlicher Republikaner, und in Hinsicht letzterer schätzte er sich auf die sonderbare Sophistik, welche die Herrschaft der Mehrheit das Wollen vieler kleiner Tyrannen nannte. Kurz, er war ein Aristokrat. Es war ein gewaltiger Anwalt von erblichen Rechten, denn ihr Besitz war ihm nützlich; er war empfindlich gegen Neuerungen in Sitten und Gebräuchen, auch war er nicht träge, gelegentlich seine Ansichten durch Analogien aus der heiligen Schrift zu bekräftigen. (Fortf. folgt.)

Das äußerste Mittel. Besucher eines Frauengefängnisses: „Und was machen Sie, wenn eine Gefangene absolut der Beforsam verweigert?“ — Direktor: „Dann nehmen wir unsere Zuflucht zu einem Radikalmittel: wir setzen ihr eine Naus in die Röhre.“

„Tue, was du mußt, siege oder stirb, und überlaß Gott die Entscheidung.“

Der Bravo.

22) Eine venezianische Begebenheit von Fenimore Cooper. (Fortsetzung.)

„Dies würde die Weisheit des Sohns David übertreffen!“ sagte der Juncker nach langer und anscheinend fruchtloser Untersuchung; hier sehe ich nichts als eine phantastische galante Devise, wie die leichtfertigen Cavaliers der Stadt sie gern gebrauchen, wenn sie das schwächere Geschlecht mit schönen Worten und verführernden Eitelkeiten verführen.“

„Es ist ein Herz mit dem Biesespiel durchbohrt und mit der Liebeschrift: pensa al cuore trafitto d'amore.“

„Nichts Anders, wenn meine Augen ihre Schuldigkeit tun. Ich sollte denken, daß mit diesen Worten wenig gemeint sei, Signore!“

„Sei dem wie ihm wolle, hast du nie einen Stein mit dieser Zeichnung verkauft?“

„Gerechter Samuel! Wir verkaufen ihn täglich an Christen von jedem Geschlecht und Alter. Ich kenne keine Devise, die häufiger vorkäme, und schliche daraus, daß mit dieser leichten Treue viel Handel getrieben wird.“

„Der sich derselben bediente, tat wohl, seine Gefinnungen unter einem so allgemeinen Gewande zu verbergen! Eine Belohnung von 100 Zehnten wird dem zuerkannt, der den Besitzer ausfindig macht.“

„Osea war schon im Begriff, das Siegel, als kenne er es nicht, zurückzugeben, als diese Bemerkung wie zufällig den Lippen des Signor Grandenigo entwich.“ In einem Moment waren seine Augen mit einem Glas von vergrößernder Stärke bewaffnet und das Papier wieder unter der Lampe.

„Ich verkaufte einen Cameol von nicht hohem Preise mit diesen Zeichen der Frau des kaiserlichen Gesandten. Da ich aber nichts Anderes bei dem Verkauf vermutete, als irgend eine seltsame Idee, beobachtete ich nicht die Vorsicht, den Stein



Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 26. Oktober 1922.

Der Schwäbische Heimatkalender 1923. Durch unsere Heimatbeilage haben wir in so vielen Fällen ein freundliches Echo aus den Kreisen unserer Leser erfahren dürfen, so daß wir nicht veräumen möchten, auch auf den bilingen Schwäb. Heimatkalender hinzuweisen, der ganz im dem Sinn u. Geist unserer Heimatbeilage gehalten ist und den gleichen Herausgeber wie die Heimatbeilage hat. Mit seinen schönen Bildern, seiner Reichhaltigkeit an Erzählungen, Anekdoten, Gedichten, Schwänken und Spässen ist er nicht nur ein Kalender, in dem man nach dem Jahrmart und nach dem Vollmond oder Neumond, sondern er ist ein Volks- u. Familienbuch, in dem man immer wieder gerne lesen wird. Der Kalender hat sich in den 3 Jahren seines Bestehens bereits die Herzen unseres Volkes erobert und es wird von allen Seiten anerkannt, daß er von jedermann, welcher politischen Anschauung und welcher religiösen Zugehörigkeit, welchen Beruf und Standes er ist, mit Gewinn und Freude gelesen werden kann, denn das was uns allen geht und was uns allen das Herz erfüllt und erwidert, ist ein großer, unerschöpflicher Brunnen, aus dem im Kalender geschöpft worden ist, und der bereit erwidert sich sicher durch Herausgabe sowohl der Beilage als auch des Kalenders ein Verdienst um unsere Heimat.

Grenzdienstarbeit. Von ihrer Grenzdienstarbeit in Elten berichtet die Evangelische deutsche Bahnhofsmission: „Mit den Jäten vom 1. und 15. jeden Monats kommen etwa 200 auswandrende Mädchen durch, sonst täglich zwischen 20 und 30. Es ist erschütternd, wieviel junge Kinder von 14—15 Jahren unter diesen Auswanderenden sind, die sich nicht die geringste Vorstellung von den auf sie wartenden Gefahren machen. Ein solches junges Mädchen gab kürzlich auf die Frage, warum sie denn nach Holland wolle, die Antwort: „Na, ich will mir doch auch mal die Welt ansehen!“ — Im Monat Mai gingen allein in Elten 1446 deutsche Mädchen über die Grenze nach Holland, von denen unsere Bahnhofsmissionarin allein 1174 persönlich beraten hat, manche von ihnen kamen inzwischen zurück, und einige berichteten durch Stellensvermittlungen in zweifelhaften Häusern zu sein; wir sind zurzeit damit beschäftigt, diese Stellensvermittlungen festzustellen. Auch einzelne erschütternde Mädchenhandel-fälle wurden uns in letzter Zeit durch unsere Berufsarbeiterin mitgeteilt. — Wir sind eifrig an der Arbeit, die unbedachte Auswanderung zu verhindern bzw. darauf zu warnen und den demnach Auswandernden Schutz und Hilfe zu gewähren; es ist auch unser Bestreben, diese notwendige Arbeit noch weiter auszubauen.“

Leichenschau und Begräbniswesen. Am Dienstag fand im Gasth. g. Eisenbahn hier eine Besammlung des Verbands für das Leichenschau und Begräbniswesen Württembergs statt. Der vom Verband entsandene Referent Leichenschauer Michael Obermarthal gab in seinen Ausführungen ein anschauliches Bild über die im Verhältnis der sozialistischen Bewegung unzulänglichen Anstaltungsvorhältnisse. Es wurde hingewiesen auf den Min. Erlass im Reg. Bl. Nr. 47 betr. Gebührenfestsetzung für die Leichenschauer. Die Totengräber arbeiten voreist bis zur gesetzlichen Regelung zur Selbsthilfe und haben für Anfertigung eines großen Grabes einen Mindesttarif von 300 M (Rinderkadaver die Hälfte) festgesetzt. Feuertarifsätze vorbedachten. In Anbetracht, daß die Tätigkeit eines Totengräbers einschließlich der Beerdigung selbst, innerhalb 12—16 Stunden in Anspruch nimmt, ist dieser Gehaltsfuß als sehr bescheiden zu bezeichnen, im Gegensatz zu dem heute üblichen Stundenlohn. Als Vertreter der Regierung wohnte der Besammlung G. Oberseifried Beck bei, welcher zu den Ausführungen des Referenten noch erläuternde Anmerkungen gab. Es wurde beschlossen an einem der nächsten Sonntage im O. B. Bezirk weitere Versammlungen abzuhalten, welche durch die gewählten Vertrauensmänner geleitet werden.

Die neuen Postgebühren

Der Verkehrsbeitrag der Reichspost hat folgenden Vorschlägen des Ministeriums zugestimmt: Die Gebühren für Postkarten, Briefe, dienstliche Aktenbriefe von Behörden, Drucksachen, Ansichtskarten, Geschäftsbriefe, Warenproben, Nachsendungen, Päckchen, sowie die Versicherungsgebühren werden verdoppelt. Postanweisungen kosten für 100 M 10 Mark, steigend bei 5000 bis 10 000 M auf 40 M.

Beim Paketverkehr werden die Gebühren unter Beibehaltung der ersten Gewichtstufe bis 5 Kilo für das überrückende Gewicht von Kilo zu Kilo gestaffelt. Danach kosten Pakete in der Nahzone (bis 75 Kilometer) bis 5 Kilogramm 60 M und steigend bis 10 Kilogramm um 12 M je Kilogramm, von 11 bis 20 Kilogramm um je 24 M. In der Fernzone (über 75 Kilometer) werden die Sätze verdoppelt, ebenso die Auslandsgebühren. Ein Paket bis 5 Kilo kostet demnach auf eine Entfernung von über 75 Kilometer mindestens 120 Mark.

Die Telegrammgebühren stellen sich wie folgt: für gewöhnliche Telegramme auf alle Entfernungen: 1. Grundgebühr 20 M, 2. Wortgebühr 10 M für jedes Wort, bei Orts- und Pressetelegrammen 10 M Grundgebühr und 5 M Wortgebühr.

Beim Postschekverkehr soll die Gebühr für Barzahlung mit Zahlkarte der höheren Postanweisungsgebühr angepaßt, d. h. auf die Hälfte dieser Gebühr festgesetzt werden. Für bargeldlos beglichene Zahlkarten wird dieselbe Gebühr, im Höchstfall eine Gebühr von 50 M für die Zahlkarte, erhoben. Für jede von der Zahlkarte des Postschekamts bargeldlos und für jede an die Abrechnungsstelle der Reichsbank beglichene Auszahlung beträgt die Gebühr 1 v. Tausend des im Scheck angegebenen Betrags, für jede Barauszahlung durch eine Zahlstelle des Postschekamts, sowie für die Ueberweisung des Schecks durch das Postschekamt an eine Postanstalt und für jede weitere Behandlung des Schecks 5 vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrags.

Wie der Reichspostminister mitteilt, wird auch bei Annahme dieser vorgeschlagenen Sätze noch ein Fehlbetrag der Reichspost für das Jahr 1922 von 35 Milliarden Mark verbleiben, und der Minister war so freundlich, gleich wieder einige weitere Gebührenerhöhungen in Aussicht zu stellen. — Die Gebührenvorlage geht nunmehr an den Reichsrat und den Verkehrsbeitrag des Reichstags.

Wittberg, 25. Okt. Vortrag. Am letzten Sonntag hielt Herr Gewerbeschulrat Aldinger von Calw im hiesigen Gewerbe- und Handelsverein einen äußerst interessanten Vortrag „Ueber Preisbildungen“. Zunächst betonte er die Notwendigkeit, daß der Geschäftsmann heute sich genaue Aufschlüsse über sein eingekauftes Material, über seine allgemeinen Lasten und die Höhe mache. Dann zeigte er verschiedene Wege, wie der Handwerksmann den Verkaufspreis seiner Ware mit der jeweiligen Taxierung in Einklang bringen kann, so daß er einerseits nicht zu billig absetzt und dadurch immer ärmer wird, andererseits nicht mit dem Wucherparagrafen in Konflikt oder beim Publikam in den Geruch eines Wucherers kommt. Nach dem Vortrag legte eine lebhaft diskutierte Rede ein, die noch über manche andere Frage weitere Klarheit schaffte. Der gute Besuch des Vortrags, besonders auch von Handwerksleuten aus der Umgegend, zeigte deutlich, wie notwendig es ist, daß auch die Geschäftsleute der kleineren Plätze sich zusammenschließen und zusammenkommen müssen, um sich über brennende Fragen ihres Berufs in zwangloser Weise auszusprechen zu können. Im Laufe des Vortrags soll im hiesigen Gewerbe- und Handelsverein von verschiedenen Rednern noch über weitere in gegenwärtiger Zeit wichtige Handwerkerfragen gesprochen werden.

Württemberg

Stuttgart, 25. Okt. Aller Anfang ist schwer. Am Montag und Dienstag hat es gerade in der verkehrreichsten Zeit größere Störungen auf dem neuen Hauptbahnhof gegeben. Die Züge, die fahrplanmäßig antamen, mußten eine halbe oder gar eine ganze Stunde in den sogenannten Wartegruppen liegen, bis sie einfahren konnten. Das durch die Verzögerung sowieso schon aufgedrängte Publikum richtete dann in der Vorhalle große Bewirung an. Die Verkehrsstörungen sind darauf zurückzuführen, daß das Personal noch nicht an den neuen Betrieb gewöhnt ist. Die Reichsbahndirektion hofft, nach Verlauf von einigen Tagen das Personal so eingearbeitet zu haben, daß der Verkehr in der nächsten Woche wieder normal sein wird.

Stuttgart, 25. Okt. Vom Landtag. Im Finanzausschuß verlangte bei Beratung der Wohnungsfürsorge ein Vertreter des Zentrums die Rückerstattung des Kapitals, wenn der Bauende ungerochten Gewinn bei den Baukostenzuschüssen gemacht habe. Der Staat solle selbst die Baukostenzuschüsse der Beamtenwohnungen lebhafter betreiben und den Genossenschaften mehr Unterstützung gewähren. Zu dem Zweck solle eine Anleihe ausgenommen, die Mietabgabe erhöht und ein außerordentlicher Holzbeitrag durchgeföhrt werden. Letzteren erklärte der Finanzminister nach dem einstimmigen Urteil der Sachverständigen für unmöglich, es sei schon stark genug auf die Waldbestände hineingehaft worden. Auch eine Anleihe könne bei den jetzigen Finanzverhältnissen nicht in Frage kommen. Der Minister des Innern teilte mit, daß Wohnungsbedürfnis habe nicht abgenommen. Ende Juni fehlten in Stuttgart allein 8081 Wohnungen. Der Reichstagsausschuß habe eine solche Wohnungsabgabe beschloffen, daß 150 000 Wohnungen gebaut werden können. Auf Württemberg kämen etwa 7—8000. Mit den größeren Gemeinden soll wegen Erleichterung von Altersheimen verhandelt werden, damit man auf diese Weise Wohnungen frei bekomme. Eine neuwertige private Bauartigkeit sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen ohne größere Unterstützung nicht zu erwarten. Die Wohnungsabgabe wird nach der Mitteilung des Finanzministers in Württemberg jährlich 250 Millionen Mark einbringen. Eine Wohnung sei zu 2 Millionen Mark Kosten berechnet. Wenn jene 7000 Wohnungen erstellt würden, so würde das eine Erhöhung der Wohnungsabgabe um 14 Milliarden in Württemberg bedeuten, was undenkbar sei. Allgemeine Steuermittel aber können für den Wohnungsbau nicht in Betracht kommen. Ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag, der unmittelbare Beteiligung des Staats an den sozialen Baubetrieben (Genossenschaften) mit staatlichen Mitteln verlangt, wurde mit 11 (Ztr., Vp., Bdd. und Dem.) gegen die 4 sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Stuttgart, 25. Okt. Studentenhilfe für die Landwirtschaft. Der Landw. Hauptverband teilt mit: 350 Studierende der Maschinenbauhochschule in Esslingen und eine große Anzahl Studierenden der Universität Tübingen sind bei Landwirten zur Vergung der Kartoffelernte untergebracht worden. Studenten von Tübingen und von der Technischen Hochschule in Stuttgart stehen in großer Anzahl noch weiter zur Verfügung, um die Kartoffelernte zu vergen. Wo Bedarf ist, möge man sich telephonisch an den Landes-Hauptverband in Stuttgart wenden (Telephon 5289).

Stuttgart, 25. Okt. Kartoffelpreise. Die staatliche Kommission zur Festsetzung des Preises für Kartoffeln hat folgende mittlere Marktpreise angegeben: gelblich-gelbe Speisekartoffeln 370 M., weiße Speisekartoffeln 350 M., rote und blaue 330 M. Richtpreise wurden nicht festgelegt.

Stuttgart, 25. Okt. Hopfenernte in Württemberg im Jahr 1922. Nach der diesjährigen Anbauzeit sind in Württemberg 70 Gemeinden (im Vorjahr 65) vorhanden, in denen die mit Hopfen angebaute Fläche je mindestens 5 Hektar betrug. In diesen 70 eigentlichen „Hopfengemeinden“ betrug die Hopfenanbaufläche insgesamt 1127,5 (1014,7) Hektar. Nach vorläufiger Schätzung betrug im Jahr 1922 der Gesamttertrag von Hopfen 17 036 Zentner, das ergibt auf 1 Hektar 15,2 (8,4) Zentner. Der mittlere Hektartertrag im zehnjährigen Durchschnitt 1912—1921 berechnet sich zu 12,6 Zentner. Auch die diesjährigen Hopfenpreise sind weit höher als im Vorjahr; sie bewegten sich für die heurige Hopfenernte bis jetzt zwischen 17 000 bis 28 000 Mark für einen Zentner gegen 4000 bis 6500 Mark zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Auch nach der Güte übertrifft die heurige Ernte die vorjährige wesentlich.

Juderverteilung. Wie man hört, sollen in Stuttgart im November zwei Pfund Markenzucker auf den Kopf verteilt werden. Für den Monat Oktober wird für Stuttgart (nicht für das übrige Land, wie irrtümlich eine Nachrichtenstelle meldete) ein Pfund ausgegeben. — Der Preis für den Markenzucker ist bekanntlich von der Reichsregierung vorläufig auf 50 Mark für das Pfund neuer Ernte festgesetzt worden. Allerdings ist noch nicht bekannt, wann die neue Ernte zur Verteilung kommt. Markenfreier Inlandzucker wird zurzeit mit 70 bis 90 Mark bezahlt. Auslandszucker kostet 110 bis 130 Mark.

Stuttgart, 25. Okt. Neue Fleischpreiserhöhung. Die Stuttgarter Metzger-Innung hat den Preis für das Pfund Schweinefleisch von 370 auf 400 Mark, Hammelfleisch auf 200 M., Schaffleisch auf 145—150 M. erhöht. Die Preise für Kalb- und Ochsenfleisch bleiben unverändert.

80. Geburtstag. In körperlicher und geistiger Frische begeht am 30. Oktober Oberlehrer a. D. Gustav Jene die Feier seines 80. Geburtstages.

Erhöhung der Güllertarife. Die Eisenbahnverwaltung wird die Frachtgebühren am 1. November um 50 Prozent erhöhen.

Sparfamer Papierverbrauch in der Schule. In einem Erlass des Evang. und Kath. Oberschulrats in Württemberg wird zum sparsamen Papierverbrauch in der Schule gemahnt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Höhe des Papierpreises, der Druckkosten und der Buchbinderlöhne zu einer Gefahr für den richtigen Schulbetrieb zu werden droht.

Canstätt, 25. Okt. Raubmord. Heute vormittag wurde die 44jährige ledige Spinnlerin Karoline Pfeiffer von dem freien Platz zwischen Kunstmühle und Sitterkog ermordet aufgefunden. Die Pfeifferin war erdrosselt worden, doch zeigte die Leiche auch Verletzungen am Kopf und Unterleib. Die Ermordete war dem Trunk ergeben und trieb sich viel in Wirtschaften herum, um Männer in Arbeitslosigkeit im Alter von 45 bzw. 36 Jahren, mit denen die Pfeifferin am Dienstagabend gesehen wurde. Auf die Ermittlung der Täter hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 10 000 Mark gesetzt.

Canstätt, 25. Okt. Die Nacht des Gewissens. Dieser Tage kam ein junger Mann in ein hiesiges Geschäft der Papierwarenbranche und verlangte den Inhaber zu sprechen. Dabei übergab er diesem eine Beantnote mit der Bemerkung, er habe vor einigen Jahren gelegentlich etwas mitgenommen, ohne es bezahlt zu haben. Sein Gewissen habe ihm keine Ruhe gelassen und er wolle deshalb eine Entschädigung für das Abhandlungselkommene leisten. Der Geschäftsinhaber, erfreut über den noch gewordenen Ehrlichkeitsinn, nahm die Entschuldigang an und überwies den Betrag einer Sammlung für dringende Nothilfe.

Schorndorf, 25. Okt. Spende. Durch Schüler aus Hausbrunn wurden dem Marienstift hier 6 Säde Äpfel, 4 Säde Kartoffeln, 1 Korb Dörrobst als Geschenk überbracht. Grublingen O. Göttingen, 25. Okt. Jagdunfall. Infolge eigener Unvorsichtigkeit wurde ein 16jähriger Treiber bei einer Treibjagd angeschossen und tödlich verletzt.

Rothweil, 25. Okt. Brand. Das Dekonomie-Anwesen des Landwirts Franz Faul ist in der Nacht auf Mittwoch abgebrannt. Das Vieh konnte mit Mühe gerettet werden.

Saßgau, 25. Okt. Kriegerdenkmal. Am Sonntag fand hier die Einweihung des Kriegerdenkmals statt. Es bildet eine Nische mit einer über lebensgroßen „Beweinung Christi“, mit 4 Figuren (Rittergottes, Lehnman Jesu, hl. Johannes und ein römischer Krieger). Auf 10 Tafeln sind die Namen der 213 Gefallenen, und am Sockel der Hauptgruppe die Namen der 46 gefallenen Lehrer und Schölinge des Lehrerseminars angebracht. Der Plan zur Gesamtanlage stammt von Regierungsbaumeister Schöffler-Stuttgart, der künstlerisch hochwertige figürliche Teil von dem akademischen Bildhauer F. Stohian hier.

Göppingen, 25. Okt. Brand. In der Baumwollspinnerei an der Hils ist gestern nachmittag beim Zerreiben von Rohbaumwolle durch Maschinen entzündet infolge Selbstentzündung oder durch einen abgesprungenen Funken eine Partie Baumwolle in Brand geraten, der jedoch von Betriebsangehörigen, ehe er größere Ausdehnung annehmen konnte, gelöscht wurde. Der Sachschaden beträgt 2 bis 300 000 M.

Adelmannselden, 25. Okt. Ein Raubmord. Die 53 Jahre alte Frau des Bauern Georg Bäuerle in Papiermühle hiesigen Gemeindebezirks wurde gestern abend, als die übrigen auf dem Felde befindlichen Bewohner nach Hause kamen, mit dem Gesicht auf dem Boden liegend tot aufgefunden. Sämtliche Schränke und Kisten waren durchwühlt, das Geld geraubt. Als Täter kommen zwei Fremde in Betracht.

Otterswang, 25. Okt. Milchvergiftung. Die hiesigen Milchverbraucher erhalten den Milch um 25 M. Die eine Hälfte an der Verbilligung zahlen die Erzeuger und die andere Hälfte der Käufer.

Schlier, 25. Ravensburg, 25. Okt. Verurteilung. Herr Krauß. Nachts löste ein Dieb mit einem Prügel das Fenstergitter der Sakristei und stieg durch diese Öffnung ein. Die Konfranz, auf die er es allem Anschein nach abgehehen hatte, besand sich nicht im Tabernakel, und so mußte der Dieb unverrichteter Sache abgehen.

Der kofifate Maulwurf. Gegenwärtig werden für Maulwurfjagd im Großhandel 200—300 M. bezahlt. Natürlich locken diese hohen Preise zum Fangen des immer weniger werdenden Maulwurfs, ungeachtet des bestehenden Verbots und der darauf stehenden hohen Strafen. Jedermann, auch der Eigentümer der betreffenden Grundstücke, bedarf der erforderlichen behördlichen Erlaubnis zum Maulwurfjagd. Neben der Strafe werden die Fellen, Maulwürfe und Felle von solchen, die unerlaubt gefangen worden sind, weggenommen. Eltern und Lehrern sollten daher ihre Kinder und Schüler von dieser strafbaren Handlung, die gerichtlich geahndet wird, abhalten, um sie vor Strafe zu schützen.

Illerlei

Das Bismardrama freigegeben. Das Kammergericht Berlin hat, unter Aufhebung der vorgängigen landgerichtlichen Urteile, das „Bismardrama“ des Schriftstellers Ernst Ludwig freigegeben und die Einsprüche des Vertreters des Kaisers abgewiesen. — Nach diesem Urteil sind nunmehr die Rechte der Schriftsteller zur dramatischen Bearbeitung zeitgeschichtlicher Persönlichkeiten und die Befugnis zu ihrer schau-spielerischen Darstellung gerichtlich anerkannt. Der Buchvertrieb und die öffentliche Aufführung des Ludwigsdramas sind daher jetzt gestattet.

Die älteste deutsche Eisenbahn soll stillgelegt werden. Die Ludwigsbahn, die 1834 als erste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth erbaut worden ist, soll wegen Unrentabilität den Betrieb einstellen. Allerdings ist die Stadt Fürth an Nürnberg mit dem Ersuchen herangeraten, die Bahn zu übernehmen und in ihr elektrisches Straßenbahnnetz einzubeziehen.



